

Dem Wunsch der Mitgliederversammlung nach einer Verjüngung des Vorstandes wurde durch die Schaffung eines Gremiums aus Co-Vorständen entsprochen. Auf Vorschlag des Vorstandes wurden Dr. Axel Wiedenmann (Nürnberg), Dr. Oliver Ebenbeck (Regensburg) und Dr. Peter Scheufele (München) in dieses Gremium gewählt. Nachdem

ZZB schon viele Ziele erreichen konnte, wurde auch das Grundsatzprogramm überarbeitet und einstimmig verabschiedet.

Nach der Mitgliederversammlung ist ZZB inhaltlich und personell für die Arbeit in den Körperschaften bestens aufgestellt.

Dr. Michael Gleau

Auszüge aus dem neuen ZZB-Grundsatzprogramm

ZZB vereinigt alle Zahnärzte unabhängig von ihrer fachlichen Ausrichtung oder ihren politischen oder berufspolitischen Orientierungen.

ZZB steht für die Therapiefreiheit des Zahnarztes als oberstes Gebot.

ZZB tritt ein

- für eine tragfähige betriebswirtschaftliche Existenzgrundlage der freien Zahnarztpraxen
- für eine individuelle fortschrittliche Zahnheilkunde durch unabhängige freiberufliche Zahnärzte
- für Versorgungsqualität durch eine verantwortungsbewusste Berufsausübung
- für den Schutz der personenbezogenen Daten von Patienten und Zahnärzten

ZZB steht im Interesse der Patienten, des Fachgebiets und des zahnärztlichen Berufsstandes

- gegen fachfremde Bevormundung von Patient und Zahnarzt durch Staat und Krankenkassen
- gegen den drohenden Qualitätsverfall in der medizinischen Versorgung durch ein staatlich verordnetes Budget
- gegen Leistungsbeschränkungen durch statistisch ermittelte Vorgaben
- gegen eine ausufernde und kostenintensive Bürokratisierung im Gesundheitswesen

ZZB vertritt die Interessen der Zahnärzte gegenüber den Krankenkassen, privaten Kostenerstat-

tern, staatlichen Kostenträgern sowie Politik und zahnärztlichen Körperschaften.

ZZB legt Wert auf eine schlanke und effektive Organisationsstruktur und sorgt für einen effektiven Informationsaustausch unter den Bezirksgruppen und seinen Mitgliedern.

ZZB unterstützt im Rahmen der Grundversorgung die Forderung nach befundbezogenen Zuschüssen in geeigneten Bereichen. Im Übrigen sind Alternativmodelle zu entwickeln. Die laufende Abschmelzung des Ausgabenanteils der GKV für zahnärztliche Behandlungen muss beendet und eine Trendwende eingeleitet werden.

Die Honorierung der Grundversorgung muss betriebswirtschaftlich kalkuliert sein und darf nicht der Subventionierung durch Wahlleistungen bedürfen.

ZZB sieht in gedeckelten Budgets aller Art und in jeder Form von Einkaufsmodellen keine neuen Lösungsansätze, sondern ein Verharren in alten Denkfehlern.

ZZB ist gegen jede Form der Vermischung des BEMA mit Elementen der GOZ, wie sie im Jahr der Kostenerstattung 1998 zustandegekommen ist.

Das vollständige ZZB-Grundsatzprogramm finden Sie unter www.zzb-online.de